

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2016



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Masino,
sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindeverwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Mitbürger,

eingangs möchte ich Ihnen, **Herr Thomann**, und in diesem Jahr besonders auch im **Ihren Mitarbeitern in der Kämmerei** für die fristgerechte Erstellung des vorliegenden umfangreichen Zahlenwerks danken.

Vorausschicken möchte ich, dass die CDU-Fraktion im Rahmen der heutigen Haushaltsberatung **keine weiteren haushaltsrelevanten Anträge** mehr stellen wird. Unsere Einwendungen und Vorschläge haben wir bei den Haushaltsvorberatungen eingebracht. Sie wurden auch bereits in den vorliegenden 2. Entwurf des Haushaltsplanes mit eingearbeitet.

Lassen Sie mich eingangs auf einige Kenngrößen des Haushalts 2016 eingehen, die nicht nur Bestandteil unserer regelmäßigen Diskussionen im Rat waren, sondern auch durchaus eine langfristige finanzielle Relevanz haben.

Die **finanzielle Entwicklung unserer Gemeinde** im generellen und im Haushaltsjahr 2016 im Besonderen, kann sicherlich als sehr schwierig eingestuft werden. Das hat sich allerdings bereits **bei der Haushaltsverabschiedung vor einem Jahr abgezeichnet**.

Zwei Maßnahmen, die bereits in diesem Jahr geplant waren, und die nun im Haushalt 2016 in geänderter Form neu eingebracht wurden, belasten den Haushalt in besonderer Weise:

Es sind dies

- der **Neubau der 6-gruppigen KITA** an der Albert-Schweitzer-Schule in Eigenregie
- und die **Schaffung einer Flüchtlingsunterkunft mit 30 Plätzen** in der Bahnhofstraße

Der **Vermögenshaushalt erreicht**, zuletzt auch durch diese beiden Maßnahmen, eine **ungewohnte Höhe von 11,4 Mio €**. Ein Ausgleich ist nur noch mit einem enormen **Griff in die Rücklagen** und durch eine **neue Schuldenaufnahme** möglich. Die Rücklagen werden dadurch auf das gesetzliche Mindestmaß schrumpfen. Es sei daran erinnert, dass wir überhaupt nur durch die sehr positive Entwicklung der Haushaltsjahre 2014 und 2015 auf die noch vorhandenen Rücklagen in dieser Höhe zurückgreifen können. Die Planungen sahen ursprünglich anders aus. Außerdem müssen wir nach einigen Jahren des Schuldenabbaus, eben auch wegen der genannten Großprojekte, **neue Kredite in Höhe von 3,5 Mio €** aufnehmen.

Wenn auch die dafür derzeit angebotenen KfW-Zinskonditionen als historisch einmalig niedrig bezeichnet werden können, so ergibt sich daraus trotzdem ein enorm eingeschränkter Handlungsspielraum für die Folgejahre. Wir erreichen bis **zum Jahresende mit 17,2 Mio €** wieder den **Schuldenstand von 2011**.

Durch die geplante **Umlegung des Baugebiets Rück II**, und die damit verbundenen **Grundstückserlöse**, ist in finanzieller Hinsicht für die nächsten Jahre ein vorsichtig flatterndes „**Licht am Ende des Tunnels**“ zu erkennen.

Aber: Baugelände-Umlegungen sind, wie wir aus der Vergangenheit wissen, immer nur ein **kurzfristig aufflackerndes Strohfeuer**, das keine finanziell nachhaltige Wirkung erzielt, wenn das eingespielte Geld nicht für die Schuldentilgung verwendet wird.

Man kann nur das wiederholen, was wir seit mehreren Jahren an dieser Stelle immer wieder vortragen: **Waldbronn hat ein strukturelles Problem!**

Wir genehmigen uns trotz andauernder Diskussionen weiterhin die **kostenintensive Struktur unserer freiwilligen Einrichtungen**. Zaghafte Versuche der Vergangenheit, dies abzumildern, sind im Ansatz immer wieder gescheitert. Auch bei den Diskussionen mit unseren Mitbürgern im Rahmen des Leitbildprozesses habe wir Gemeinderäte erfahren müssen, dass gerade diese allseits gelobte Infrastruktur unserer freiwilligen Einrichtungen einer der wesentlichen Punkte ist, warum man sich in Waldbronn wohlfühlt. Die Vorschläge zum Leitbild haben kein Reduzieren des kommunalen Angebots gebracht, sondern eher noch weitere Wünsche zum Ausweiten des Angebots und der Dienstleistungen der Kommune.

Was also ist zu tun?

Dem allgemeinen Empfinden und diesen Wünschen unserer Mitbürger entgegen zu treten **oder** den Spagat zwischen dem „**Wünschenswerten**“ und dem „**finanziell Möglichen**“ weiter zu betreiben?

Eine Frage muss allerdings schon erlaubt sein:

Ob wir uns denn alle miteinander bei einem wieder ansteigenden Schuldenberg auf Dauer in unserer Gemeinde so „wohlfühlen“ werden?

Unser Hinweis aus dem Vorjahr auf die **erforderliche Optimierung der freiwilligen Einrichtungen** ist allerdings **wirkungslos verhallt**.

Werder bei den kulturellen Einrichtungen „**unter einem Dach**“ noch bei der **interkommunale Zusammenarbeit** mit unseren Nachbargemeinden sind wir weiter gekommen. Da geschieht uns nach wie vor entschieden zu wenig.

Gemeinsam mit den beiden neu gewählten Bürgermeistern der Nachbargemeinden Karlsbad und Marxzell sollte dazu ein neuer Vorstoß von Ihnen Herr Bürgermeister nicht nur möglich sein, sondern auch ernsthaft unternommen werden.

Bei den **Steuereinnahmen** gilt es festzuhalten, dass die **Einkommensteuer** erfreulicherweise kontinuierlich auf inzwischen **über 8,1 Mio €** angewachsen ist, und weiterhin eine verlässliche Planungsgröße darstellt.

Bei der **Gewerbsteuer** wird mit dem **Ansatz von 4,5 Mio €**, auch für die Folgejahre, bewusst etwas vorsichtiger kalkuliert. Wissen wir doch, dass Nachzahlungen von den Betrieben oder auch Rückzahlungen an diese, für den Haushalt erhebliche Unsicherheiten mit sich bringen. Die anhaltende gute **konjunkturelle Entwicklung, und auch die durchaus sehr positiven wirtschaftlichen Signale unserer großen Firmen am Ort** rechtfertigen aus unserer Sicht den gewählten Ansatz in der Höhe.

Trotz dieser insgesamt schwierigen finanziellen Situation sehen wir auch 2016 davon ab, die **Hebesätze** für Grundsteuer aber auch für die Gewerbesteuer anzuheben. Ob sich diese Position aber bei den sich abzeichnenden Finanzierungslücken der kommenden Jahre weiter so halten lässt **ist allerdings fraglich**.

In Ihrer **Schlussbetrachtung** zum Haushalt 2016 und zur Mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2019 haben Sie, Herr Thomann, unsere **schwierige finanzielle Situation deutlich angesprochen**.

Ich zitiere:

„Es wird immer deutlicher, dass die Einnahmen einfach nicht ausreichen, um die Ausgaben des Verwaltungshaushalts dauerhaft zu decken: Die Ausgaben steigen einfach deutlich stärker als die Einnahmen. Besonders dramatisch und gefährlich ist, dass diese Entwicklung eintritt, obwohl die Einnahmesituation – insbesondere im Hinblick auf den Einkommensteueranteil – sehr gut ist. Das Problem liegt auf der Ausgabenseite.“

Zitat Ende.

Wir sehen das genauso Herr Thomann!

Was wir allerdings bemängeln ist, dass Sie Herr Bürgermeister, in Kenntnis dieser schwierigen finanziellen Situation nicht schon **frühzeitig den mahnenden Zeigefinger, erhoben haben**, und zwar schon bei der **Erstellung des Haushaltsplanentwurfs innerhalb Ihrer Verwaltung**.

Konkrete Vorschläge Ihrerseits zu der von Ihrem Kämmerer **angemahnten Reduzierung der Ausgaben** sind bei der Haushaltsklausur nicht gekommen. Gerne ziehen Sie sich dabei auf die Position zurück, dass dies die **„Sache des Souveräns“**, nämlich des Gemeinderates, sei.

Wir sehen dies nicht so!

Es ist unsere gemeinsame Sache, die Finanzen unserer Gemeinde, auch für die Zukunft, im Griff zu behalten.

Als Beispiel dafür stehen für uns die **sonst üblichen Sperrvermerke**.

In diesem Haushalt haben wir nur **eine kleine Haushaltsposition** mit einem Sperrvermerk versehen. Es handelt sich um die **Erneuerung der kaputten Umzäunung des Bolzplatzes beim Stadion**.

Und auch dieser Vorschlag kam aus dem Gemeinderat.

Unser konkreter Vorschlag dazu wäre, diesen, für uns **unansehnlichen Käfig, komplett zu entfernen** und wie bei den anderen Bolzplätzen in der Gemeinde, es bei einem offen zugänglichen Bolzplatz zu belassen.

Allerdings müssten dann die dort vorhandenen Einwucherungen von Gestrüpp und Brombeeren von der Gärtnerei entfernt werden.

Ich möchte nun noch zu einigen **Einzelpositionen des Haushalts** kommen:

- Durch die **stetig steigenden Steuerkraftsumme**, was insgesamt natürlich positiv ist, erhöht sich allerdings auch die abzuführende **Finanzausgleichsumlage**. Allein in diesem Jahr **um + 198 T€**.
- Ebenso nicht in der Hand haben wir die Höhe der **Kreisumlage**. Die zu erwartende Erhöhung um 2,5 %-Punkte belastet unseren Haushalt mit **zusätzlichen 607 T€**.

- Nur durch diese beiden Positionen **FAG und Kreisumlage** haben wir in 2016 eine **Abgabenerhöhung von + 805 T€** zu verkraften. Diese muss einmal erst erwirtschaftet werden.
- Die **Abfallbeseitigung** ist bekanntermaßen eine **Kernaufgabe des Landkreises**. Wir erwirtschaften für den **Teilbereich der Grüngutplätze, des Wertstoffhofs und durch das Einsammeln des wilden Mülls** im Gemeindehaushalt inzwischen ein **Defizit von 102 T€**. Dieses Defizit kann nicht durch entsprechende Gebühren gedeckt werden.

Wir müssen deshalb ernsthaft darüber nachzudenken, diese Teilaufgaben wieder an den Landkreis zurück zu übertragen, wie dies in anderen Landkreisgemeinden auch der Fall ist.

- Bei den **Personalkosten** haben wir in diesem Haushalt einen **überproportionalen Anstieg von 6,8%** zu verzeichnen. Neben dem relativ **hohen Tarifabschluss** im öffentlichen Dienst haben wir Ihrem Antrag, Herr Bürgermeister, die **Personalabgänge**, entgegen der ursprünglichen Planung, **in Bauhof und Gärtnerei wieder zu ersetzen**, zugestimmt. Wir erwarten allerdings, dass die Zusage von Ihnen eingelöst wird, parallel dazu die bisherigen **externen Vergaben** in diesem Bereich entsprechend **zurückzufahren**.
- Für die von uns gewünschte Erstellung eines **Konzepts für unsere Spielplätze**, stehen **20 T€** zur Verfügung. Wir erwarten bei der Erstellung dieses Konzeptes die **Einbindung eines Fachplaners** und der Eltern. Die bereits vorliegenden Planungen im Bereich des Kurparks müssen dabei mit berücksichtigt werden.
- Das in die Jahre gekommene **Fahrzeug für unsere beiden Jugendtreffs** musste ersetzt werden. Ein einmaliger **Zuschuss in Höhe von 10 T€** ist dafür eingeplant. Die gleiche Summe hat Karlsbad bereits zugesagt. Der seit vielen Jahren eingefrorenen **Personalkostenzuschuss** für den Trägerverein des Jugendtreffs wird **um 20 T€** auf nunmehr 170 T€ erhöht. Die laufenden jährlichen Tarifierhöhungen waren vom Trägerverein selbst nicht mehr zu erwirtschaften.
- Notwendige **Instandsetzungsmaßnahmen im Kurhaus** hatten wir bereits 2015 mit 225 T€ eingeplant, die dann allerdings nicht durchgeführt wurden. Im Zusammenhang mit dem nun anstehenden Pächterwechsel werden noch einige weitere sinnvolle Maßnahmen durchgeführt. **Insgesamt** geben wir dafür nun **353 T€** aus. Wir glauben, dass dies nicht nur dringende notwendige Maßnahmen sind, sondern dass sie auch für das zukunftsweisende Betriebskonzept des gesamten Kurhauses eine rentierliche Investition darstellen. Von der Kurverwaltung erwarten wir, dass sich **neue Chancen für das Kurhaus in der Kooperation** mit den neuen Pächtern auf tun und diese auch genutzt werden.

- Mit insgesamt **271 T€** für **Erweiterungsmaßnahmen im Außenbereich** und die **Beschaffungen von Gerätschaften** wird unser **Gemeindegärtnerei ertüchtigt**. Zusammen mit den zugesagten Personalstellen kann man schon sagen, dass damit unsere Gärtnerei für die Zukunft sehr gut aufgestellt ist.
- Der **Neubau der Flüchtlingsunterkunft** in der Bahnhofstraße in Busenbach hat uns in diesem Jahr schon viele Sitzungen begleitet. Der zuletzt gefundene **Kompromiss bei der Bauausführung** kostet trotzdem noch **gut 1 Mio €**. Dass **diese Höhe der Baukosten** für eine Unterkunft mit einer **Kapazität von nur 30 Plätzen** in der Öffentlichkeit hinterfragt wurde, dürfte Ihnen Herr Bürgermeister, auch zu Ohren gekommen sein. Für mögliche Folgebaumaßnahmen muss die Frage schon erlaubt sein, ob nicht auch **deutlich kostengünstigere bautechnische Lösungen**, wie sie in anderen Gemeinde realisiert werden, **für Waldbronn ein Alternative** darstellen können. Wir denken hierbei an bekannte **Modularbauweisen „von der Stange“**.
- Bei dem **Neubau der Kita an der Albert-Schweitzer-Schule** haben Sie uns, Herr Bürgermeister, mit Ihrer Verwaltung durch ein **“Wechselbad der Gefühle“** geschickt. Das **Ei des Columbus** schien mit einem **externen Investor im Verbund mit einem externen Betreiber** gefunden. Nach einer längeren Planungsphase, und bei näherem Hinsehen, hat sich dies jedoch **als Flopp erwiesen**. Es blieb uns nichts anderes übrig, als Ihrem Vorschlag zuzustimmen, **selbst als Bauherr einzuspringen**. Dem **Investitionsvolumen von insgesamt 3,3 Mio €** steht ein **Zuschuss des Landes von 600 T€** gegenüber. Wir sehen an diesem Beispiel, dass uns die **gesetzlich vorgeschriebene und auch sinnvolle Ausweitung der Kleinkindbetreuung** regelmäßig erhebliche Finanzmittel abverlangt. Dies wird uns neben den genannten Investitionskosten auch im **Einzelplan 46 „soziale Sicherung“** des Verwaltungshaushaltes nochmals ganz deutlich vor Augen geführt. Hinter diesem Einzelplan verbergen sich die Aufwendungen der Gemeinde für **alle Kinderbetreuungseinrichtungen**. Mit einem **Zuschussbedarf von insgesamt 2,5 Mio€** schließt dieser Abschnitt ab. Es handelt sich dabei wohlgerne um **Pflichtaufgaben**, die wir erfüllen müssen.

Lassen Sie mich nun noch auf **einige Schwerpunkte** eingehen, die uns nicht nur im kommenden Haushaltsjahr sondern weit darüber hinaus begleiten werden:

- **Zur Situation der Flüchtlinge und Asylbewerber:**
Durch die Beschlüsse zum Neubau in der Bahnhofstraße und durch das Vorhaben des Landkreises zur Schaffung von Gemeinschaftsunterkünften in Neurod haben wir für die dringende notwendige Unterbringung der Flüchtlinge in unserer Gemeinde das aktuell Notwendige getan. Weitere erhebliche Anforderungen werden in den Folgejahren auf uns zukommen, wenn es um die **Anschlussunterbringung weiterer Flüchtlinge** geht. Dafür ist dann alleine die Gemeinde zuständig. Ein Hauptaugenmerk ist dabei auf eine **gute Betreuung** mit dem Ziele einer **frühzeitigen Integration** zu legen. Den vielen **ehrenamtlich tätigen Mitbürgern**, die in diesem Bereich unermüdlich tätig sind, möchten wir dafür ein herzliches Dankeschön sagen. Seitens der Gemeindeverwaltung haben wir für die Betreuung der Flüchtlinge

eine entsprechende **Stellenaufstockung** frei gegeben. Wir wissen, wie wichtig diese Stelle für die Koordinationsaufgaben mit den ehrenamtlich Tätigen ist.

- **Zur baulichen Entwicklung:**

Der Druck auf den Wohnungs- und Immobilienmarkt in unserer Region ist unverändert sehr groß. Wir wissen aus neuesten Berechnungen des Statistischen Landesamtes, dass neben dem bereits bekannten Zuzug aus anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland, insbesondere auch die Frage der **Anschlussunterbringung** der bei uns angekommenen Flüchtlinge, **zusätzlichen Wohnraumbedarf** zur Folge haben wird.

- **Zum Rück II**

Mit der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens Rück II werden wir uns neben der allgemeinen **Nachfrage nach Baumöglichkeiten für den Einfamilien- und Doppelhausbereich** verstärkt auch dem **Mietwohnungsbau** zuwenden müssen. Die Schaffung **bezahlbarer Mietwohnungen** ist eine immer häufiger auftauchende Forderung. Hierfür müssen wir, Herr Bürgermeister, rechtzeitig nach **kompetenten Partnern** Ausschau halten.

Wie wir bei der Veranstaltung des Regionalverbandes vor wenigen Tagen in Karlsruhe gehört haben, werden gerade für den finanzielle schwierigen Bereich des **Sozialen Wohnungsbaus neue Investitions- und Betreibermodelle** entwickelt. An diesem Thema müssen wir dran bleiben! Das neue Baugebiet Rück II bietet hierfür die Möglichkeit. Ebenfalls müssen aus unsrer Sicht dort Vorhalteflächen für **betreutes Wohnen und für Pflegeeinrichtungen** vorgesehen werden.

Uns ist es auch wichtig, dass wir für unsere **jungen Familien** wieder einen **Familienbonus** beim Erwerb eines kommunalen Grundstücks gewähren. Besonders wichtig halten wir eine **gute und großzügige Planung der Fuß- und Radwegeverbindungen** zwischen den beiden Baugebieten „Reichenbach Nord“ und „Rück II“ sowie dem **Ortszentrum**.

- **Zum Ortskern Reichenbach:**

Bei der Erstellung des Bebauungsplans „Ortskern Reichenbach“ sind wir etwas **ins Stocken geraten**. Den Versuch, im vorgezogenen Verfahren beim Kurhaus die Ansiedlung eines zusätzlichen Hotels zu ermöglichen, unterstützen wir. Dabei darf aber das **Gesamtkonzept des Bebauungsplans „Ortskern Reichenbach“** nicht auf der Strecke bleiben.

Alternativ zu diesem Standort könnte man sich auch einen Hotelstandort im Rück II durchaus vorstellen.

- **Zu den Gewerbeflächen:**

Die **langfristige Gewerbeflächenentwicklung** sehen wir nach wie vor im interkommunalen Bereich. Dieses Thema muss mit auf die Agenda für die interkommunalen Gespräche genommen werden. Karlsbad hat nach wie vor die Absicht, im „Steinig“ bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes ein interkommunales Gewerbegebiet mit aufzunehmen. Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, gemeinsam mit Ihrem Kollegen Timm die Überlegungen des

Nachbarschaftsverbandes dazu nicht nur zu unterstützen, sondern auch nach vorne zu treiben.

Eine neue **Perspektive** bietet für den **Dienstleistungsbereich** sicherlich die vorgesehene bauliche Entwicklung eines Mischgebietsstreifens entlang der Talstraße, gegenüber der Festhalle.

- Der geplante **Energieverbund mit der Fa. Agilent** und unseren Freizeiteinrichtungen Eistreff und Freibad bringt uns hoffentlich die gewünschte Einsparungen bei den Betriebskosten und als Nebeneffekt auch die gewünschte stabile Wassertemperatur im Freibad. Der Anschluss weiterer Betriebe im Ermlisgrund an die Energiezentrale wäre sinnvoll und auch wünschenswert.
- Mit dem Haushalt der Gemeinde hat der Bereich **Kur- und Fremdenverkehr nur wenige Schnittmengen**. Im Wesentlichen sind dies die finanziellen Verlustausgleiche für die von der Kurverwaltung im Auftrag betriebenen kommunalen Einrichtungen.
Eine Einrichtung der Kurverwaltung gilt es in besonderem Maße herauszuheben: Durch die Verleihung des **5. Wellnesssterns für die Albtherme** haben wir mit unserer Therme ein absolutes Alleinstellungsmerkmal in der Region. Neben dem Glückwunsch an die Verantwortlichen der Kurverwaltung für die Erreichung dieser besonderen Auszeichnung ist es uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir nun auch erwarten, dass mit „diesem Pfund“ in der Branche entsprechend „gewuchert“ wird. Der Markt ist umkämpft und es gilt sich nicht auf den Lorbeeren auszuruhen.
- **Zur interkommunale Zusammenarbeit:**
Nachdem im laufenden Jahr die Zusammenarbeit mit Karlsbad beim gemeinsamen Betrieb der beiden Jugendtreffs und auch beim Start der Gemeinschaftsschule sehr gut funktioniert hat, gilt es mit dem neuen Bürgermeister Timm **weitere Projekte** anzugehen, die für beide Gemeinden **erkennbare Synergien** bringen.
Exemplarisch sei hierbei die **VHS** genannt. Es muss mehr möglich sein, als ein gemeinsames Programmheft, das wir nun schon einige Jahre zusammen auflegen.
Einzelne Kooperationen mit Ettlingen, wie zum jüngsten Beispiel bei der **gemeinsamen Verkehrsschule**, gehen nach unserer Einschätzung in die richtige Richtung.
Als weiteres Beispiel sei der „**grenzüberschreitende**“ **ÖPNV** mit den **Karlsruher Höhenstadtteilen** genannt. Der Ortschaftsrat von Wettersbach ist mit der Bitte an uns herantreten, die dort gestartete Initiative zu unterstützen, die **bisherige Busverbindung von Palmbach nach Waldbronn/Ermlisgrund und den Schülertransport zum Karlsbad/Schulzentrum zu einer festen Buslinie im Ringverkehr Palmbach-Langensteinbach-Waldbronn** auszuweiten.
Trotz der andauernden Diskussionen um die gerechte Verrechnung der ÖPNV-Kosten seitens der AVG und des KVV für die Landkreismunicipien bitten wir Sie, Herr Bürgermeister, sich in die beginnenden Diskussionen mit Ihren Bürgermeisterkollegen einzuklinken.

Wenn auch **nicht immer kurzfristige Erfolge sichtbar** scheinen, so wünschen wir uns von den Bürgermeistern generell beim **Anpacken interkommunaler Themen mehr Mut**.
Unsere Unterstützung dafür haben Sie.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Thomann,

Trotz der durchaus kritischen Auseinandersetzung mit dem uns vorliegenden Rechenwerk, wird die CDU-Fraktion dem Haushalt 2016 und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs zur Wasserversorgung zustimmen.

Diese Zustimmung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir deutliche Hinweise auf die von uns in Zukunft abzuverlangenden, richtungsweisenden Beschlüsse vermisst haben.

**Die finanzielle Situation verlangt in Zukunft unser aller Anstrengung!
Es ist zwar wunderschön in Waldbronn zu leben, aber wir sind finanziell wahrlich „nicht auf Rosen gebettet“.**

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kollegin und Kollegen,
liebe Mitbürger

lassen Sie mich zum Abschluss meiner Ausführung bei Ihnen allen für die immer wieder erlebte und **überaus konstruktive Zusammenarbeit im Rat** recht herzlich danken. Auch wenn es hie und da zu inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten kam, so haben wir uns doch immer wieder auf einer sachlichen Ebene getroffen und die dann gefällten Entscheidungen auch akzeptiert.

Es bleibt mir nur noch Ihnen allen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start im Neuen Jahr 2016 zu wünschen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Roland Bächlein, Fraktionsvorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion